

**4266/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 19.08.2002**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend BUWOG Wien und Wohnungsanlagen Ges.m.b.H., Linz

Wiederholt haben anfragende Abgeordnete der Grünen auf die sozialpolitisch problematische und mieterschädigende Vorgangsweise beim geplanten Einzel- bzw. Gesamtabverkauf der Gesellschaften bzw. von Wohnungen hingewiesen. Aktuelle Mitteilungen über den Verlauf der zuletzt abgehaltenen Generalversammlungen in den erwähnten Gesellschaften ist zu entnehmen, dass durch umfangreiche und noch nie da gewesene Beschlüsse die Kapitalkraft der Gesellschaften vermindert und dem Bundesbudget zugeführt wird. Inwieweit hier auch Budgetmittel dargestellt werden, mit denen der unverantwortliche und unsinnige Abfangjägerabkauf finanziert werden soll, ist noch zu untersuchen.

Ferner wurden bei den erwähnten Gesellschaften in den jüngsten Generalversammlungen langjährig und objektiv tätig gewesene Aufsichtsratsmitglieder abgezogen und durch vertraute der FPÖ bzw. des Finanzministers ersetzt. Diese Gremien werden - worauf die Anfragenden bzw. die Medien bereits wiederholt hingewiesen haben - ohnehin bereits durch Gefolgsleute des Finanzministers dominiert. Hinzuweisen ist auf die bereits aufgezeigte Unvereinbarkeit des freiheitlichen Grundstückshändlers Komm. Rat Plech sowie auf den ehemaligen Grasser-Sekretär und Vertrauten Michael Ramprecht, der auch nach einem scheinobjektiven Verfahren und Beiziehung eines gefälligen externen Beraters nach dem "Gaugg-Modell" zum Geschäftsführer der Bundesbeschaffungs GmbH bestellt wurde.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Wer wurde in den Gesellschaften abgezogen und durch wen ersetzt?

- 
2. Mit welcher Begründung und welchen objektiven Momenten wurde die Eignung dokumentiert?

3. Welche Mittel wurden mit welcher Begründung und in welcher Höhe in beiden Gesellschaften abgezogen?
4. Welche Auflösungs- bzw. Veräußerungsvorgänge waren in den Gesellschaften hiezu notwendig?
5. Wann wird die endgültige Entscheidung über das weitere Schicksal der Gesellschaften erfolgen?
6. Ist in diese Frage der Koalitionspartner eingebunden?
7. Was wird an wen verkauft, die Gesellschaften an die BIG oder die BIG an die Gesellschaften?
8. Stehen Sie weiterhin zu Ihrem Versprechen, eine österreichische Lösung zu garantieren?
9. Auf Druck der Anfragen und der Öffentlichkeit wurde nunmehr der Mietereinzelnabverkauf erweitert. Wie erfolgt die Preisbildung?
10. Wenn in weiterer Folge durch größeren Assetabverkauf bzw. Anteils- oder Gesellschaftsabverkauf Finanzinvestoren quadratmetermäßig weit günstiger kaufen, erhalten die Einzelerwerber eine Kaufpreisrückvergütung?
11. Wie wird hier im Finanzministerium die Rechtslage gesehen?